

Datenschutzhinweise

Unser Umgang mit Ihren Daten und Ihre Rechte nach den Artikeln 13, 14, und 21 der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

Der Empfänger dieser Datenschutzhinweise wird gebeten, sie in geeigneter Weise in seinem Haus bekannt zu machen und insbesondere den mit der Abwicklung des angestrebten Vertragsverhältnisses betrauten Personen zur Verfügung zu stellen.

<p>1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?</p>	<p><input checked="" type="checkbox"/> DAL Deutsche Anlagen-Leasing GmbH & Co. KG, Emy-Roeder-Straße 2, 55129 Mainz, Telefon: + 49 6131 8040, E-Mail: info@dal.de</p> <hr/> <p>Sie erreichen unseren Datenschutzbeauftragten</p> <p>Fabian Mildenerger Beauftragter für den Datenschutz DAL Deutsche Anlagen-Leasing GmbH & Co. KG Emy-Roeder-Straße 2, 55129 Mainz, auch unter folgender E-Mail-Adresse: datenschutz@dal.de</p> <p><input type="checkbox"/> Für Vertragsverhältnissen mit der</p> <p>Deutsche Leasing für Information Technology GmbH Deutsche Leasing für Sparkassen und Mittelstand GmbH Deutsche Leasing Finance GmbH ist verantwortliche Stelle die</p> <p>Deutsche Leasing AG Fröling Straße 15-31, 61352 Bad Homburg v. d. Höhe Telefon: +49 6172 8800, E-Mail: service@deutsche-leasing.com</p> <p>Die Deutsche Leasing AG ist ein Unternehmen der Deutsche Leasing Gruppe¹.</p> <p>¹vgl. www.deutsche-leasing.com/de/unternehmen/daten-und-fakten/konzernstruktur/</p> <p>Mit Ausnahme der Unternehmen: DAL Deutsche Anlagen-Leasing GmbH & Co. KG, S-Kreditpartner GmbH, Deutsche Factoring Bank und Bad Homburger Inkasso GmbH nimmt die Deutsche Leasing AG zentral die Aufgaben der Datenverarbeitung unter Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen für unter obigen Link aufgeführte Unternehmen der Deutsche Leasing Gruppe wahr und entscheidet insoweit über Mittel und Zweck der Datenverarbeitung (Art. 4 Ziff. 7 DS-GVO) dieser Unternehmen.</p> <hr/> <p>Sie erreichen deren Datenschutzbeauftragten unter folgender E-Mail-Adresse: datenschutz@deutsche-leasing.com</p>
<p>2. Welche Quelle und Daten werden genutzt?</p>	<p>Die verantwortliche Stelle verarbeitet personenbezogene Daten (Art. 4 Nr. 2 DS-GVO), die sie im Rahmen ihrer Geschäftsbeziehungen von dem Betroffenen erhält. Soweit erforderlich verarbeitet die verantwortliche Stelle hierbei auch personenbezogene Daten, die sie über ihn von anderen Unternehmen der Sparkassen-Finanzgruppe oder von sonstigen Dritten zulässigerweise (z. B. zur Erfüllung von Verträgen oder aufgrund einer von ihm erteilten Einwilligung) erhalten hat. Außerdem verarbeitet die verantwortliche Stelle personenbezogene Daten, die sie aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Grundbücher, Handels- und Vereinsregister, Presse, Medien) zulässigerweise gewonnen hat und verarbeiten darf.</p> <p>Relevante personenbezogene Daten sind Personalien (Name, Adresse und andere Kontaktdaten, Geburtstag und -ort und Staatsangehörigkeit), Legitimationsdaten (z. B. Ausweisdaten) und Authentifikationsdaten (z. B. Unter-</p>

	schriftprobe). Darüber hinaus auch Daten aus der Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen der verantwortlichen Stelle, Informationen über die finanzielle Situation des Betroffenen (Bonitätsdaten, Scoring-/ Ratingdaten, Herkunft von Vermögenswerten), Werbe- und Vertriebsdaten, Dokumentationsdaten (z. B. Besuchsprotokoll), Registerdaten, Daten über die Nutzung von durch die verantwortliche Stelle angebotenen Telemedien (z. B. Zeitpunkt des Aufrufs von Webseiten) sowie andere mit den genannten Kategorien vergleichbare Daten.
3. Für welchen Zweck werden die Daten verarbeitet und auf welcher Rechtsgrundlage?	Die verantwortliche Stelle verarbeitet personenbezogene Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG).
4.1 Zur Erfüllung von vertraglichen Pflichten (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b DS-GVO)	Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zur Erbringung oder Vermittlung von Bank-, Finanz- und Maklerdienstleistungen sowie Versicherungs- und Immobiliengeschäften. Das insbesondere zur Durchführung der Verträge der verantwortlichen Stelle oder vorvertraglichen Maßnahmen mit dem Betroffenen sowie aller mit dem Betrieb und der Verwaltung eines Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituts (erforderlichen) zusammenhängenden Tätigkeiten. Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich in erster Linie nach dem konkreten Produkt (z. B. Leasing, Mietkauf, Kredit, Maklervertrag). Einzelheiten können der jeweiligen Vertragsdokumentation entnommen werden.
4.2 Im Rahmen der Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f DS-GVO)	Soweit erforderlich verarbeitet die verantwortliche Stelle personenbezogene Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen der verantwortlichen Stelle oder Dritten. Beispiele: <ul style="list-style-type: none"> • Werbung oder Markt- und Meinungsforschung, soweit der Nutzung der Daten nicht widersprochen wurde; • Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten; • Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs der verantwortlichen Stelle; • Verhinderung und Aufklärung von Straftaten; • Maßnahmen zur Geschäftssteuerung und Weiterentwicklung von Dienstleistungen und Produkten.
4.3 Aufgrund erteilter Einwilligung des Betroffenen (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a DS-GVO)	Soweit der verantwortlichen Stelle eine Einwilligung des Betroffenen zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Weitergabe von Daten im Sparkassen-Verbund, werbliche Ansprache) erteilt hat, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis der Einwilligung des Betroffenen gegeben. Eine erteilte Einwilligung kann vom Betroffenen jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.
4.4 Aufgrund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c DS-GVO)	Die verantwortliche Stelle unterliegt diversen rechtlichen Verpflichtungen, das heißt gesetzlichen Anforderungen (z. B. Kreditwesengesetz, Geldwäschegesetz, Steuergesetze) sowie aufsichtsrechtlichen Vorgaben (z. B. der Europäischen Zentralbank, der Europäischen Bankenaufsicht, der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Identitäts- und Altersprüfung, Betrugs- und Geldwäscheprävention, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten sowie die Bewertung und Steuerung von Risiken.
5. Wer bekommt die Daten?	Innerhalb der verantwortlichen Stelle erhalten diejenigen Mitarbeiter personenbezogene Daten, die diese zur Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten der verantwortlichen Stelle benötigen. Auch eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DS-GVO) können zu diesen Zwecken Daten erhalten. Dies sind Unternehmen in den Kategorien kreditwirtschaftliche Leistungen, IT-Dienstleistungen, Logistik, Druckdienstleistungen, Telekommunikation, Inkasso, Beratung und Consulting sowie Vertrieb und Marketing. An Empfänger außerhalb der verantwortlichen Stelle werden personenbezogene Daten nur weitergegeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dieses erfordern, eine

	Einwilligung des Betroffenen vorliegt, oder die Datenweitergabe zur Anbahnung oder Durchführung der Geschäftsbeziehung erforderlich ist.
6. Wie lange werden die Daten gespeichert?	Soweit erforderlich, verarbeitet und speichert die verantwortliche Stelle personenbezogenen Daten nur für die Dauer der Geschäftsbeziehung mit dem Betroffenen. Darüber hinaus unterliegen die verantwortlichen Stellen verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich unter anderem aus dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Abgabenordnung (AO), dem Kreditwesengesetz (KWG), dem Geldwäschegesetz (GwG) und dem Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre beginnend ab dem Ende des Geschäftsvorfalles. Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) in der Regel drei Jahre, in gewissen Fällen aber auch bis zu dreißig Jahre betragen können.
7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?	Eine Datenübermittlung in Drittstaaten (Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums – EWR) findet nur statt, soweit dies zur Durchführung der Geschäftsbeziehung erforderlich, gesetzlich vorgeschrieben ist oder der Betroffene der verantwortlichen Stelle ihre Einwilligung erteilt hat. Über Einzelheiten wird die verantwortliche Stelle den Betroffenen gesondert informieren, sofern das gesetzlich vorgegeben ist.
8. Welche Datenschutzrechte des Betroffenen bestehen?	Jeder Betroffene hat das Recht auf Auskunft nach Art. 15 DS-GVO, das Recht auf Berichtigung nach Art. 16 DS-GVO, das Recht auf Löschung nach Art. 17 DS-GVO, das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO sowie das Recht auf Datenübertragbarkeit aus Art. 20 DS-GVO. Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Art. 77 DS-GVO i.V.m. § 19 BDSG).
9. Wer ist die Aufsichtsbehörde?	Für eine verantwortliche Stelle mit Sitz in Mainz: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz Für eine verantwortliche Stelle mit Sitz in Bad Homburg: Der Hessische Datenschutzbeauftragte Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden
10. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?	Im Rahmen der Geschäftsbeziehung müssen nur diejenigen personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung einer Geschäftsbeziehung erforderlich sind oder zu deren Erhebung eine gesetzliche Pflicht besteht. Ohne diese Daten muss in der Regel der Abschluss eines beabsichtigten Vertrages abgelehnt werden oder ein bestehender Vertrag kann nicht mehr durchgeführt werden und muss vorzeitig beendet werden.
11. Inwieweit werden Daten für die Profilbildung (Scoring) genutzt?	Die verantwortlichen Stellen verarbeiten teilweise personenbezogene Daten auch mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten (Profiling). Die verantwortliche Stelle setzt Profiling beispielsweise in folgenden Fällen ein: <ul style="list-style-type: none"> • Aufgrund gesetzlicher und regulatorischer Vorgaben sind wir zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und vermögensgefährdenden Straftaten verpflichtet. Dabei werden auch Datenauswertungen (u.a. im Zahlungsverkehr) vorgenommen. Diese Maßnahmen dienen zugleich auch Ihrem Schutz. • Um Kunden zielgerichtet über Produkte informieren und beraten zu können, setzen wir Auswertungsinstrumente ein. Diese ermöglichen eine bedarfsgerechte Kommunikation und Werbung einschließlich Markt- und Meinungsforschung. • Im Rahmen der Risikobewertung nutzt die verantwortliche Stelle das Rating. Dabei wird die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der ein Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen vertragsgemäß nachkommen wird. In die Berechnung können beispielsweise Jahresergebnisse sowie Vermö-

	<p>gensverhältnisse, Zahlungsverhalten (z. B. Kontoumsätze, Salden), Erfahrungen aus der bisherigen Geschäftsverbindung, vertragsgemäße Rückzahlung früherer Kredite sowie Informationen von Kreditauskunfteien und Zugehörigkeit zu einer Branche einfließen. Das Rating beruht auf einem mathematisch-statistisch anerkannten und bewährten Verfahren. Die errechneten Bonitätsnoten unterstützen die verantwortliche Stelle bei der Entscheidungsfindung im Rahmen von Produktabschlüssen und gehen in das laufende Risikomanagement mit ein.</p>
--	--

<p>12. Einzelfallbezogenes Widerspruchsrecht des Betroffenen</p>	<p>Betroffene haben das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der DS-GVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, bei der verantwortlichen Stelle Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DS-GVO, das die verantwortliche Stelle zur Bonitätsbewertung oder für Werbezwecke einsetzt.</p> <p>Wird Widerspruch eingelegt, wird die verantwortliche Stelle die personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, sie kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, welche die Interessen, Rechte und Freiheiten des Betroffenen überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.</p>
---	--

<p>13. Widerspruchsrecht gegen eine Verarbeitung von Daten für Zwecke der Direktwerbung</p>	<p>Die verantwortliche Stelle verarbeitet personenbezogene Daten, um Direktwerbung zu betreiben. Betroffene haben das Recht, jederzeit bei der verantwortlichen Stelle Widerspruch gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht. Widerspricht der Betroffene der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, so wird die verantwortliche Stelle dessen personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeiten. Der Widerspruch kann formfrei erfolgen.</p>
--	---